



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

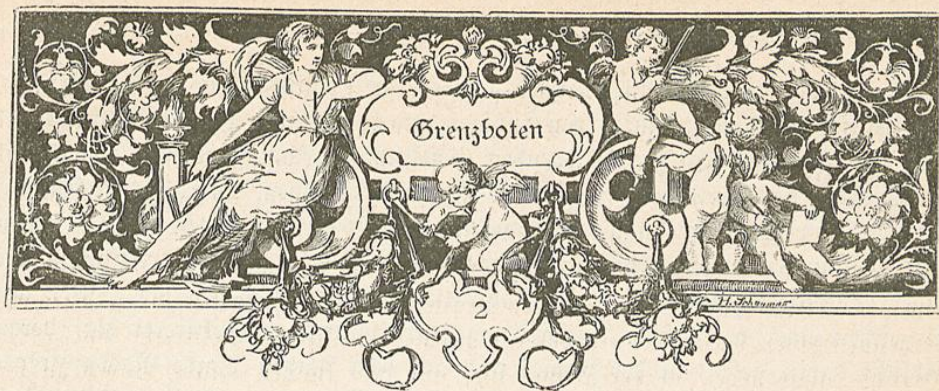
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Pro Rege

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Pro Rege



Wenn die Frage aufgeworfen wird, wo unsere öffentliche Meinung ihren Ausdruck findet, so wird sich, selbst die Summe aller unserer Tagesblätter und Zeitungen zusammengenommen, noch ein unmeßbarer Rest finden, der sich in keiner der Schablonen unterbringen läßt, die uns die Musterkarte der Parteiauffassungen übermitteln. Es giebt im deutschen Reiche weit mehr Selbständigkeit des politischen Denkens, als bei flüchtigem Umhören zu Tage tritt, und die Lumpensammler der Tagesmeinungen gehen bei ihrem Rundgange durch die Gassen gerade an den Thüren vorüber, hinter denen am häuslichen Herde ein Feuer echter, in sich geschlossener, altüberkommener Überzeugungen heilig gehalten wird. In den abgeschlossenen Kreisen unsers höhern Beamtentums, in den der politischen Kannegießerei grundsätzlich abgewandten Reihen unsrer Offiziere, in einem sehr ansehnlichen Teile unsrer Gelehrtenwelt und in wenig zahlreichen, aber kenntlichen Gruppen der Großindustrie, des Handels, der Landwirtschaft wird die Parteipolitik nicht mitgemacht, wird in allen großen nationalen Fragen ohne Rücksicht auf Parteiparole Stellung gesucht und genommen.

Nun sagen wir wohl nicht zu viel, wenn wir behaupten, daß diese Stillen im Lande, gleich weit entfernt vom Hurrarufen, wie von den Weherufen, die unsere politischen Klageweiber wie üblich ertönen lassen, zunächst noch eine reservirte und kritisch abwartende Haltung einnehmen. Wir haben in den letzten neun Monaten so vielerlei in Angriff genommen, so weit aussehende Fragen aufgeworfen und so viele politische Gedanken zur Erörterung gestellt, daß es trotz Kongreß, Kommissionen, Landtags- und Reichstagsverhandlungen sehr schwer fällt, die Tragweite unsrer Reformarbeit im einzelnen sowohl wie in ihrem Zusammenhange zu überschauen. Die durch den Kongreß der internationalen Behandlung zugewiesene soziale Frage ist, was diese Seite ihrer

einstigen Lösung betrifft, ins Stocken geraten, die höchst dankenswerten Versuche, die deutscherseits stattfanden, den ruhigen und besonnenen Teil der Arbeiterwelt für den Frieden mit der bestehenden Gesellschaftsordnung wiederzugewinnen, haben noch keine Früchte getragen, die sich pflücken ließen, und über die Folgen, die wir von der Aufhebung des Sozialistengesetzes zu erwarten haben, gehen die Meinungen urteilsfähiger Männer völlig aus einander. Während die einen Selbstzersehung der Sozialdemokratie ankündigen, weisen die andern auf Anzeichen einer verstärkten Ausbreitung jener politischen Sektirerei hin, deren Absicht dahin gehe, in der Armee und auf dem flachen Lande Boden zu gewinnen. Die Schlaglichter, die von dem Sozialistentage zu Halle ausgegangen sind, und die Schlagworte, die durch die sozialdemokratischen Führer von der Tribüne des Reichstages aus den „Genossen“ zugerufen wurden, üben die Wirkung eines Sauerteiges aus, der die Massen zur Gährung bringt, und wenn dazwischen aus eben diesen führenden Kreisen mit aller Entschiedenheit der Ruf ertönt: Nur immer sein ruhig, unter Einhaltung der gesetzlichen Schranken! so fragt man in den oben bezeichneten Gruppen, worin die größere Gefahr liege, in der geregelten Propaganda staatsstürzender Lehren, oder in den Ausschreitungen ungezügelter Leidenschaft. Das Problem ist so alt wie der Staat, und jedes Jahrhundert hat es in seiner Weise zu lösen versucht. Kein Wunder, daß auch heute der von unsrer Regierung eingeschlagene Weg gerade in Kreisen, die es ernst mit der Sache des Vaterlandes meinen, Bedenken erregt, und da diese Zeitschrift Aussicht haben dürfte, solchen Lesern zu Gesicht zu kommen, so ist es vielleicht am Platze, einmal eine oratio pro Rege vorzuführen, um Verstimmungen und offenbare Mißverständnisse zu beseitigen, in deren fernerm Fortbestehen wir eine Schädigung unsers Vaterlandes erblicken würden. Nicht der Ruf des profanum vulgus, sondern die Bedenken, die der durch Arbeit und Leben gereifte Mann in sich umwälzt, machen die öffentliche Meinung, die die Stärke oder die Schwäche einer Regierung bedeutet. Wann aber hätte Deutschland mehr als heute einer solchen Stütze bedurft?

In der Stellung des advocatus Diaboli wollen wir versuchen, den Bedenken unsrer besorgten Patrioten Ausdruck zu geben und sie, so gut wir vermögen, zu beschwichtigen; gelingt es auch nur, einen oder den andern schmerzenden Stachel auszuziehen, so wollen wir zufrieden sein.

Den Haupt- und Angelpunkt aller Sorge bildet der Rücktritt oder, wie man heute sagt, die Entlassung des Fürsten Bismarck. Nun liegt es uns fern, alte Wunden aufzureißen, wie es bei eingehender Behandlung des Konfliktes, der schließlich die Katastrophe herbeiführte, geschehen mußte. Die Thatsache liegt vor, wir müssen uns mit ihr zurechtfinden; es bleibt, abgesehen von den einzelnen Vorgängen, die sich zu einem Konflikte zuspitzten, der nicht mehr auszugleichen war, der psychologische Untergrund, der uns den

Schlüssel zum Verständnis bieten muß. Daß Fürst Bismarck in der verantwortlichen Stellung, die er ein volles Menschenalter lang behauptet hat, wie kein deutscher Staatsmann vor ihm, sich einen festgeschlossenen Kreis von politischen Überzeugungen gebildet hatte, an denen er mit all der Unterschiedlichkeit festhielt, die seiner gewaltigen Willenskraft gemäß ist, sicherte ihm diese Stellung, solange er den Willen seines Königs und Kaisers in derselben Richtung zu erhalten vermochte, solange nicht nur über die letzten Ziele, sondern auch über die Mittel und Wege, sie zu erreichen, zwischen Kaiser und Kanzler Einklang bestand. Es ist ja bekannt, wie zu Zeiten des alten Kaisers hin und wieder dieser Einklang getrübt erschien, wie er aber schließlich stets wiederhergestellt wurde, und wenn heute die Zeit noch nicht gekommen ist, um historisch-kritisch festzustellen, wer in dem einen, und wer in dem andern Falle nachgegeben hat, läßt doch das berühmte Niemals! Kaiser Wilhelms keinen Zweifel darüber, daß in dem Augenblick der Entscheidung der Kanzler, seinen Platz unter Umständen behaupten konnte, die ihm keine Schmälerung seiner berechtigten Eigenart bedeuteten. Wer erinnert sich nicht der Beforgnis, die sich beim Beginn der Regierung Kaiser Friedrichs aller derer bemächtigte, die in der fortdauernden Machtstellung des Kanzlers eine Bürgschaft sahen für die Behauptung der nationalen Errungenschaften, welche die sechziger und siebziger Jahre uns gebracht hatten? Die Broschüre: „Auch ein Programm aus den neunundneunzig Tagen“ hat ein so abschreckendes Bild dessen entrollt, was uns bedrohte, und dabei so viel Glauben gefunden, daß es verständlich ist, wenn mit dem Antritt der Regierung Kaiser Wilhelms des Zweiten, von dem ja allbekannt war, daß er gewissermaßen als Schüler des Kanzlers, jedenfalls aber als begeisterter Verehrer seiner staatsmännischen Größe zum Manne herangewachsen war, diese eine Sorge völlig und für immer beseitigt schien. Die Flitterwochen der neuen Regierung schienen diesen Glauben zu bestätigen. Aber das eine stellte sich doch sehr bald heraus: ein entschiedener Wille lebte auch in dem jungen Kaiser, und damit war die Frage gestellt, ob die neue Regierung in ihrem Gange einen Weg einschlagen würde, wie ihn etwa im Reiche der Natur das Gesetz vom Parallelogramm der Kräfte vorzeichnet, oder aber, ob die eine Kraft sich mit der andern zu gleichgerichteter Arbeitsleistung vereinigen würde. Die ersten großen politischen Kundgebungen Kaiser Wilhelms des Zweiten schienen das letztere zu verheißen: Die Friedensreise vor allem, die er an die fremden Höfe, und zwar zuerst nach Rußland hin unternahm, konnte so recht als der werthätige Ausdruck der Gedanken des Fürsten Bismarck erscheinen; es ging kein Anlaß vorüber, bei dem sich der Kaiser nicht zu der Friedenspolitik des Kanzlers bekannt hätte. Nun geschah aber zweierlei: Kaiser Wilhelm schritt mit dem vollen Feuereifer seiner Natur an die Durchführung des Programmes, das er sich zur Abwendung der dem Staate vonseiten der Sozialdemokratie drohenden Gefahren gesetzt hatte, und

Fürst Bismarck, dem die eingeschlagenen Wege nicht die richtigen schienen, zog sich nach Friedrichsruh zurück, offenbar in der Vorstellung, von dort aus einem ihm bedenklichen zu raschen Vorschreiten auf der Bahn der Sozialreform besser entgegenwirken zu können als von Berlin aus. Wir irren wohl nicht, wenn wir behaupten, daß die Zeit dieses freiwilligen Verzichtes auf jeden unmittelbaren und persönlichen Einfluß den später folgenden Rücktritt des Kanzlers bereits unvermeidlich gemacht hat. Ein Versuch des Kaisers, in der Richtung vorzuschreiten, die einen Kompromiß ergeben hätte, und mit einem wesentlich abgeschwächten Sozialistengesetz weiterzuarbeiten, scheiterte an dem Widerspruch des Fürsten, nicht ohne einen Stachel zu hinterlassen; der Gegensatz steigerte sich an der verschiedenen Stellung, die Kaiser und Kanzler zu der internationalen Konferenz einnahmen, welche in Berlin die Arbeiterfrage beriet, und die Tagungen des Staatsrates über den Arbeiterschutz können gleichfalls als weiteres Anzeichen der auseinandergehenden grundsätzlichen Anschauungen über die große Frage betrachtet werden, ob die Sozialdemokratie gewaltsam zu unterdrücken oder durch eine Reformgesetzgebung großen Stiles in ihren Grundlagen zu entwurzeln sei. Es war eine logische Folge, wenn diese Gegensätze sich schließlich zu einer Machtfrage zuspitzten, die bekanntlich in dem Entlassungsgesuch des Fürsten vom 18. März durch die Frage von der Aufrechterhaltung oder Beseitigung der Kabinettsordre vom 8. September 1852 über die Stellung des Ministerpräsidenten ihren entscheidenden Ausdruck fand. Die Genehmigung des Gesuches am 20. März entschied, wie nicht anders zu erwarten war, die Machtfrage zu Gunsten des Kaisers; wie die Dinge sich einmal gewandt hatten, war eine andre Entscheidung nicht mehr denkbar.

Wer nachträglich die Entwicklung überblickt, die Deutschland in der sozialen Frage genommen hat, kann nur bedauern, daß der Fürst in pessimistischer Auffassung es nicht für möglich hielt, den vom Kaiser in Sicht genommenen Weg einer Sozialreform mitzugehen; denn die befürchteten Gefahren sind nicht eingetreten.

Prüfen wir das, was von der gegenwärtigen Regierung erreicht worden ist, so können wir der Ansicht derer nicht beipflichten, die da meinen, daß die Beratungen der Berliner internationalen Konferenz wirkungslos verpufft seien. Es ist ja richtig, daß keinerlei bindende Abmachungen von Staat zu Staat getroffen worden sind. Der Entschluß Deutschlands aber, auf dem Wege der Sozialreform und des Arbeiterschutzes vorzugehen, hat doch insofern eine positive Wirkung gehabt, als die mit uns in den Fragen des wirtschaftlichen Lebens konkurrierenden Staaten, eben infolge jener Beratungen und ihrer weiten Öffentlichkeit, nicht in der Lage sind, durch eine härtere Anspannung der Arbeiterbevölkerung eine Lohn- und Arbeitskonkurrenz zu behaupten, die unsere Industrie und unsere sonstige wirtschaftliche Produktion nicht zu ertragen imstande wäre. Dafür sorgt der internationale Zusammenhang, in dem die

Arbeiterwelt des abendländischen Europas steht, ein Zusammenhang, den man als höchst gefährlich beklagen mag, der aber Thatsache ist und im vorliegenden Falle nützliche Früchte trägt.

Als weitere Beruhigung wirkten die Arbeiten des Staatsrats, die den Boden für eine leidenschaftslose Verständigung der meist interessirten Kreise bereiteten. Man kann wohl sagen, daß als Hauptergebnis jener Beratungen die Erkenntnis gewonnen worden ist, daß zwischen einer Arbeiterpartei als solcher und der sozialdemokratischen Partei scharf unterschieden werden müsse. Der Kaiser will der Vorstellung den Boden entreißen, als sei die Sozialdemokratie die eigentliche Arbeiterpartei; er will durch die Arbeiterschutzgesetzgebung den sozialdemokratischen Führern ihre Waffen entreißen, dem Staate selbst und den zu ihm stehenden staats-erhaltenden Elementen die Führung zurückerobern über einen wirtschaftlich wie der Zahl nach hochbedeutenden Teil des deutschen Volkes, der sich von dem Zusammenhang mit dem Staate, soweit irgend möglich, loszumachen begonnen hat.

Die Absicht muß jeder billigen, über die Mittel, sie zu verwirklichen, wird gestritten. Aber es scheint uns, daß für einen lähmenden Pessimismus schon deshalb eine innere Berechtigung nicht vorliegt, weil die in Angriff genommenen Reformarbeiten noch im Werden sind, und eine Übergangsstufe, wie wir sie durchmachen, kein Material zu allgemein gültigen Schlüssen bietet. Die ganze Reihe der Vorlagen, die heute in den Kommissionen des preussischen Landtages durchgearbeitet werden, steht in innerem Zusammenhang mit dem sozialpolitischen Programm des Kaisers, und dasselbe gilt von einem Teil der Reichstagsvorlagen. So bleibt als letztes die Wirkung, die man der Aufhebung des Sozialistengesetzes mit mehr oder minder Recht zuschreibt. Aber auch hier wird man keine Thatsachen anführen können, die eine Machterweiterung der Sozialdemokratie, wie sie prophezeit wurde, beweisen. In großen Worten der sozialdemokratischen Führer, an Feldzugsplänen, die sich gegen Armee und Landbevölkerung richten, fehlt es freilich nicht. Die Reklame, mit der die heute geduldeten sozialdemokratischen Parteiversammlungen ihre Arbeiten betreiben, hat vielfach erschreckt, aber andererseits doch auch das Bewußtsein wachgerufen, daß die Bekämpfung der Sozialdemokratie ein gemeinsames Interesse aller ist, denen die Erhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung am Herzen liegt. Der Gedanke, den Kaiser Wilhelm in Breslau im September vorigen Jahres Ausdruck gab: er hoffe, daß unsre Bürger endlich einmal aus dem Schlummer erwachen würden, in dem sie so lange gelegen hätten, und nicht bloß dem Staate und seinen Organen die Bekämpfung der umwälzenden Elemente überlassen, sondern selbst mit Hand anlegen, gewinnt allmählich Aussicht auf Verwirklichung.

Wir meinen also, daß in dieser Hauptfrage unsers innern Staatslebens die pessimistische Auffassung ein einseitiges und ungerechtes Bild giebt, daß sie

jedenfalls nicht den Anspruch erheben darf, auf zwingende Gründe aufgebaut zu sein; sie ist mindestens verfrüht.

Ein ähnlicher Pessimismus tritt uns aber auch in der Beurteilung unsrer auswärtigen Verhältnisse entgegen, und auch hier wird ein Rundblick gut thun.

Wir betonten schon, daß die ersten politischen Thaten Kaiser Wilhelms sich in den Bahnen der Politik des Fürsten Bismarck bewegten. Auch heute liegen für die Behauptung, daß eine Abweichung von dem alten Kurse unsrer auswärtigen Politik stattgefunden habe, nur Mutmaßungen und nicht Thatfachen vor. Der Friede nach außen ist gewahrt worden, und die Friedensliebe des Kaisers selbst von russischer und von französischer Seite allgemein anerkannt worden. Die russische Reise im August vorigen Jahres geschah in der zweifellosen Absicht, nach dem Rücktritt des Fürsten einen möglichst klaren Beweis davon zu liefern, daß insbesondere die Politik, die der große Kanzler Rußland gegenüber stets verfolgt hatte, fortgesetzt werden solle, und wenn Rußland darauf mit der großen Demonstration der wlohyinischen Manöver und mit neuen Maßregelungen der deutschen Elemente in Rußland geantwortet hat, so sind das Erscheinungen, die wir beinahe seit zwanzig Jahren geduldig über uns ergehen lassen, und über die wir heute nicht reden wollen. Der Dreibund ferner besteht nicht nur in seiner vollen bisherigen Stärke fort, sondern ist durch das neue Verhältnis, in dem wir zu England stehen, wesentlich befestigt worden. Das in weiten Kreisen der deutschen Nation höchst unpopuläre englisch-deutsche Abkommen ist, was besondrer Betonung bedarf, in seinen Grundzügen vor dem 20. März fertig gewesen. Neu hinzugekommen ist die Erwerbung von Helgoland, über deren Bedeutung einst der Erfolg entscheiden wird, wenn die Erfahrung des Krieges die Wichtigkeit der Insel dargethan haben wird. Der vorläufige Verzicht auf weitere Ausdehnung unsers Koloniebesitzes in Afrika bedeutet aber mehr eine Einbuße an Spielraum für die Phantasie, als an praktischer kolonialer Arbeitsmöglichkeit. Auf dem völkerrechtlich gesicherten deutsch-afrikaniischen Gebiete ist für ganze Geschlechter noch vollauf Arbeit und Raum, und was die Zukunft bringen mag, sollte uns heute nicht Sorge machen. Wer irgend die europäischen Konfliktgebiete scharf ins Auge faßt, wird sich darüber klar werden, daß der Preis künftiger Kriegserrungen nicht in Europa, sondern mit Kolonieboden bezahlt werden wird. Der praktische Gewinn, den uns das englische Abkommen auf europäischem Boden gebracht hat, liegt in der Befestigung unsers Bündnisses mit Italien, das ohne das Zuthun Englands auf die Dauer nicht zu behaupten gewesen wäre. Einen unbestreitbaren Erfolg aber hat unsre Politik auf der Brüsseler Konferenz errungen. Hier hatte Deutschland die Führung, und ihm vor allem ist es zu danken, wenn Holland in zwölfter Stunde nachgab und durch Unterzeichnung der Generalakten einem völkerrechtlichen Werke von hoher Bedeutung Geltung und Dauer sicherte. Weisen wir noch zum

Schluß darauf hin, daß unsre Verbindung mit Oesterreich durch eine wirtschaftliche Einigung neu befestigt werden wird, und daß unsre politischen Beziehungen zu allen übrigen europäischen Staaten ebenso freundschaftlich geblieben sind, wie sie es vor Jahresfrist waren, so fällt die Klage über den Rückgang unsrer Stellung in auswärtigen Dingen wohl in sich zusammen.

Damit soll keineswegs ein friedensfeligler Optimismus gepredigt werden. Wir halten vielmehr die Gesamtlage Europas nach wie vor für schwül und gefährlich, und für unsre sicherste Stütze nach wie vor die eigne Machtstellung. Gilt auch der Friede heute für gesichert, so sind doch Überraschungen keineswegs ausgeschlossen, denn im Osten wie im Westen entscheiden darüber Personenfragen. Umso mehr aber gilt es, zusammenzustehen, um nicht ein Mißverständnis aufkommen zu lassen, das in seinen Wirkungen eine moralische und physische Schwächung bedeuten würde.



Die Überbürdung



achdem der Kaiser selbst den Herren Schulassessoren mit schneidigem Hieb in die Parade gefahren ist, werden sie wohl eine oder die andre Provinz ihres Reiches preisgeben und u. a. auch durch Streichung der lateinischen und griechischen Penja den Herzenswunsch des bekümmerten Vaters und Humanisten in Nr. 49 der vorjährigen Grenzboten erfüllen müssen. Trotzdem fürchte ich, daß die Hauptursache der Überbürdung von allen Reformen unberührt bleiben wird. Um das, was ich meine, verständlicher zu machen, schicke ich einen kurzen Abriß der Geschichte meines eignen Schullebens voraus, der zeigen wird, wie ein Unterricht aussieht, der die Schüler nicht überbürdet.

Bis zum dreizehnten Lebensjahre besuchte ich die höhere Bürgerschule meines Vaterstädtchens. Die Klassen waren denen des Gymnasiums gleich benamset; der angehende NBG-Schütz trat in die „Sexta“ ein. „A gieht schon ei de Sexte,“ sagte die Mutter, wenn sie ihren siebenjährigen Sprößling vorstellte. In Sexta und Quinta saßen Knaben und Mädchen zusammen, es gab also auch Sextanerinnen. Sehr hübsch war die biblische Geschichtsstunde Sonnabends früh von acht bis neun in der Quinta. Der Lehrer nahm das Schulgeld ein, und wir lasen einstweilen biblische Geschichten nach folgendem Turnus. Der Lehrer rief einen Knaben auf. Dieser las, so lange er Lust hatte, und rief dann ein Mädchen. Diese rief wieder einen Knaben, und so fort. Bald entspannen sich zarte Beziehungen zwischen hüben und drüben